



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XII/88 - 15. April 1957
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-33
Fernschreiber 0886890

Soll die Wahrheit nicht bekannt werden ?	S. 1
Der Ruf von Wiesbaden	S. 3
Kampfgruppenübungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit	S. 6

Missglückter Vernebelungsversuch

sp - Aus der Fülle der Erklärungen zu dem Alarmeruf der 18 deutschen Atomwissenschaftler ergibt sich - mit Abstand betrachtet und leidenschaftslos registriert - der Tatbestand, dass die Bundesregierung von den gleichen Männern, die sich jetzt an die Öffentlichkeit gewandt haben, schon vor längerer Zeit auf die Gefahren der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik aufmerksam gemacht worden ist. Professor Heisenberg hatte Ende Januar dieses Jahres eine längere Unterredung mit Verteidigungsminister Strauß und Atomminister Balke. Professor von Weizsäcker unterrichtete den Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier.

Der von Dr. Adenauer erhobene Vorwurf, die Wissenschaftler hätten vor ihrem Schritt an die Öffentlichkeit nicht mit "ihm" gesprochen, ist daher gegenstandslos. Professor Heisenberg sagte dazu: "Wir dürften doch wohl annehmen, dass der Kanzler von seinen Ministern darüber informiert wurde, so dass gar keine Veranlassung bestand, auch noch an ihn persönlich heranzutreten".

Welches Interesse hatten die Bundesminister Strauß und Balke daran, die ihnen persönlich vorgebrachten Bedenken der Atomwissenschaftler - an dem Gespräch zwischen Professor Heisenberg, Strauß und Balke nahmen auch noch andere Atomwissenschaftler teil - für sich zu behalten? Haben sie den Bundeskanzler tatsächlich nicht unterrichtet, oder hat der Bundeskanzler etwas Unwahres gesagt, als er behauptete, er sei nicht unterrichtet worden? Mutet dies alles nicht an, wie eine von langer

Hand vorbereitete Vernebelung der Atomgefahr ?

Diese Fragen drängen sich auf, wenn man folgenden Vorgang kennt, der sich wenige Tage vor dem öffentlichen Alarmruf der 16 deutschen Atomwissenschaftler hinter den Kulissen des Bundestages abspielte. Der Sonderausschuss "Radioaktivität" des Bundestages hat am 9. April 1957 dem Bundestagsausschuss für Atomfragen nachstehende einkünftig gebilligte Entschliessung vorgelegt:

"Der Ausschuss betrachtet sich als selbständiges Gremium, das selbst über die Notwendigkeit der zusammengestellten Forschungsvorhaben und die Verwendung der dafür notwendigen Mittel entscheidet. Insofern können die Forschungsvorhaben des Ausschusses nicht einem anderen Fachgremium zur nochmaligen Genehmigung vorgelegt werden".

Diese Entschliessung war notwendig geworden, weil die CDU-Vertreter im Bundestagsausschuss für Atomfragen in Übereinstimmung mit den Regierungsvertretern erklärt hatten, dass die Forschungsvorhaben des Sonderausschusses der Genehmigung des Atomausschusses bedürfen. Der Vorsitzende des Sonderausschusses, Professor Rajewsky, erblickte wie alle anderen Ausschussmitglieder in diesem Vorhaben der Regierungs- und CDU-Vertreter eine Beschränkung der Unabhängigkeit. Der Sonderausschuss hat es für notwendig gehalten, an einer anderen Stelle der oben zitierten Entschliessung zu empfehlen, die finanziellen Mittel für die Durchführung der Forschungsarbeiten als Sondertitel zu bewilligen und über die Forschungsgemeinschaft abzurechnen, um seine Unabhängigkeit sachlich zu wahren und der Öffentlichkeit gegenüber diese Unabhängigkeit dokumentieren zu können.

Aus einem Brief des Atomministers an den Sonderausschuss geht hervor, dass dem Ausschuss zwar formal die Unabhängigkeit zugesichert wird, aber nicht, dass er über die Verwendung der bewilligten Mittel zu Forschungszwecken selbst entscheiden kann...

Bringt man die verletzen Stellungnahmen Dr. Adenauers und des Verteidigungsministers Strauß zu der Erklärung der 16 Atomwissenschaftler mit den hier geschilderten Vorgängen vom 9. April 1957 in Zusammenhang, dann wird man sehr schnell erkennen, warum der Bundeskanzler so ausfällig geworden ist. Es liegt der Verdacht nahe, dass die Regierung die Absicht hatte, Warnungen von wissenschaftlicher Seite vor den Folgen einer atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik nach Möglichkeit selbst zu "stauen". Die Tatsache, dass ihr dieses Vorhaben nicht gelungen ist, erklärt psychologisch die aus jeder ihrer Äusserungen zum Appell der 16 Atomwissenschaftler klingende Verärgerung und innere Haltlosigkeit.

* * *

Die Einheit als Nation wahren!

-ler. In Wiesbaden, der Hauptstadt des sozialdemokratisch geführten Landes Hessen, tagte am Wochenende der SPD-Kongress für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte, in Fortsetzung jener Veranstaltungen, in denen die Sozialdemokratie ihren Standort in entscheidenden Fragen der deutschen Politik umriss. Das Thema, das diesmal im Mittelpunkt stand, ist von einer wahrhaft erregenden Aktualität, es berührte die Wurzeln des Zusammenhaltes unseres Volkes und umfasste den weit gespannten Bogen des deutschen Vertriebenenenschicksals und der Vertriebenennot. Dazu gehören die evakuierten Opfer des Bombenkrieges genau so wie die zehn Millionen, die aus der jetzt unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten und anderen von Deutschen bewohnten Landstrichen in das verkleinerte Restdeutschland strömten und vertrieben wurden - Opfer des Hitlerkrieges und des ihn begleitenden Völkerkasses. Dieser Kette unermesslichen Leidens wurden durch die Flucht zweier Millionen Menschen aus dem Gebiet der sogenannten DDR neue Glieder hinzugefügt. Ein Ende dieser Wanderung von Osten nach Westen mitten in Herzen Europas ist nicht abzusehen; sie hat durch die begonnene Familienzusammenführung einen neuen Auftrieb erfahren, der sich fortsetzen wird, wenn auch die noch in der Sowjetunion lebenden Deutschen von der Rückführung erfasst sein werden. Wohl kein Volk stand in seiner Geschichte vor einer solchen Riesenaufgabe, seine zerbrochene Gemeinschaft wieder zusammenzufügen, den vertriebenen und entwurzelten Menschen eine neue Heimat und das Gefühl der Zusammengehörigkeit wiederzugeben.

Hat unser Volk diese Aufgabe bestanden, hat es jene geistigen, sittlichen und politischen Kräfte entwickelt, um als Einheit bestehen zu können? Um diese Schicksalsfrage kristallisierte die Tagung in Wiesbaden, deren Bedeutung durch die Anwesenheit von Vertretern vieler Organisationen der Vertriebenen- und Kriegsgeschädigtenverbände nach aussen ebenso hervorgehoben wurde wie ihre überragende Aktualität durch die Anwesenheit von Männern und Frauen, die nach vielen Jahren der Haft in sowjetzonalen Gefängnissen und sibirischen Arbeitslagern erst seit Wochen und Monaten wieder die Luft der Freiheit atmen können. Das Los dieser Menschen, die oft auf ihren Körpern noch die Wundmale schrecklicher Misshandlungen tragen, ist eine aufrüttelnde Mahnung an alle Deutschen, sich der gemeinsamen Verantwortung stets bewusst zu sein und auch danach zu handeln.

Wird und wurde dieser Mahnung Genüge getan? Wie sind hier Licht und Schatten verteilt? Trägt unsere Gesetzgebung in allen ihren Aspekten dem ausserordentlichen Notstand Rechnung, in dem wir als Volk seit dem Zusammenbruch leben?

Gewiss: Grossartiges wurde seitdem in der Eingliederung von Vertriebenen erreicht, die menschliche Solidarität trug schönste Früchte, der Leistungswille von Einheimischen und den aus der früheren Heimat vertriebenen Männern und Frauen hat alle Erwartungen übertroffen; durch Aufbaudarlehen, Landesebürgschaften, durch die produktive Eingliederung

15. April 1957

und Existenzhilfen kamen viele Hunderttausende wieder in den Genuss eines menschenwürdigen Daseins. Ohne den Fleiss, die Schöpferkraft und den zähen Behauptungswillen jener Millionen, die oftmals nur mit 30 Kilo Gepäck, in vielen Fällen nur mit dem, was sie am Leibe hatten, in die Bundesrepublik kamen, wäre das "Deutsche Wirtschaftswunder" nicht denkbar, gäbe es keinen so raschen Wiederaufbau der Städte und keine Verpflanzung neuer Industrien. Entscheidende Anstösse sind, wie der Bundestagsabgeordnete Jaksch und andere Sprecher hervorhoben, gerade von der Sozialdemokratie ausgegangen. So kommt die Idee des Flüchtlingsausgleichs zwischen den Ländern von dem damaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Hermann Lüdemann, - von der derzeitigen Regierung sind seitdem keine sozialpolitischen Initiativen mehr zu vernehmen - und der Gedanke einer systematischen Landesumsiedlung mit weitschauender Sozialplanung von Hessen, das ihn zum grössten Teile und zum Wohle der gesamten Bevölkerung schon verwirklicht hat. Hier verbündete sich der Aufstiegswille der sozial Schwachen mit dem Aufstiegswillen der entwurzelten Deutschen. Hier sind die Gegensätze zwischen Altbürgern und sogenannten Flüchtlingen am geringsten.

Die Lösung aller mit dem Vertriebenenproblem zusammenhängenden Aufgaben geht jedoch weit über die Kraft der Gemeinden und der Länder hinaus. Ohne eine Sozialplanung auf Bundesebene kann nur halbe Arbeit getan werden, denn es gibt nach dem Berliner Senator Heinrich Alberts keine isolierte Flüchtlingspolitik unter Ausserachtlassung der grossen Zusammenhänge der wichtigsten Grundfragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Hier fehlt es an der gestaltenden Konzeption. Wie sich das Fehlen einer Gesamtplanung im zwölften Jahre nach dem Zusammenbruch im Sozialgefüge der Bundesrepublik und damit an menschlicher Tröstlichkeit auswirkt, dafür nannte der Bundestagsabgeordnete Rehs erschütternde Zahlen.

Koch immer warten 150 000 Personen auf ihre Umsiedlung;

noch immer bestehen 3000 Wohn- und Durchgangslager, in denen 370 000 Menschen unter trostlosen Verhältnissen leben, davon 40 % mehr als 8 1/2 Jahre;

in Baden-Württemberg muss der Wohnraum in den Lagern für Vertriebene von 4 qm auf 2,5 qm verringert werden, weil es an Mitteln zur Vorfinanzierung von Wohnungen fehlt;

Hamburg hat gedroht, die Aufnahme von Zonen-Flüchtlingen zu stoppen;

In Nordrhein-Westfalen ist der Rückstand an Lagerbewohnern so gross geworden, dass er trotz erheblicher zusätzlicher Mittel des Landes über den Wohnungsbau überhaupt nicht mehr zu bewältigen ist.

Dabei sind zu erwarten: nach den bisherigen Erfahrungen für dieses Jahr allein 250-300 000 Flüchtlinge aus der Zone; 200 000 Aussiedler aus Polen, etwa 100 000 aus dem Oder-Neisse-Gebiet und 20 000 aus Südosteuropa. Das ist eine halbe Million. Es hat keinen Zweck, das - 5 -

25. April 1957

Problem zu verharmlosen. In dieser Zahl sind 285 000 Personen nicht inbegriffen, die als Evakuierte Anspruch auf ihren früheren Wohnsitz haben.

Die bisherigen Methoden reichen nicht aus, mit diesen Problemen fertig zu werden; sie entsprechen nicht der sozialen Gerechtigkeit, die die Verantwortung für den Mitbürger von uns, von allen Deutschen erfordert.

Das wird besonders aus folgender Tatsache deutlich: Erst 50 % aller Vertriebenen sind wirklich eingegliedert, von den anderen 50 % haben zwar 40 % die Möglichkeit der Eingliederung, 10 % aber nicht einmal diese.

Von 600 000 vertriebenen Bauernfamilien sind bisher nur 90 000 angesiedelt worden. Hier geht wertvolle Substanz verloren.

Diese Liste schwerer Versäumnisse und ungenutzter Möglichkeiten liesse sich verlängern, sie umfasst nur einen Teilausschnitt der bundesrepublikanischen Wirklichkeit von 1957. Sie zu übersehen, heisst entscheidende Merkmale der deutschen Situation zu verkennen. In der Korrektur dieser Tatbestände hat sich die innere Einheit unseres Volkes noch zu bewähren.

Die innere Einheit unseres Volkes, die zu bewahren und pflegen das Gebot der Stunde fordert, verlangt aber auch ein nüchternes Erkennen unserer Gesamtsituation, eine realistische Einschätzung der äusseren und inneren Lage. Der Anruf und das Erwecken nationalistischer Instinkte, wie wir sie in diesen Tagen erleben, kann unübersehbaren Schaden anrichten. Das unverzichtbare Recht auf Heimat lässt sich nur verwirklichen, wenn es nicht belastet wird mit dem Gepäck der Vergangenheit. Der Vorsitzende der deutschen Sozialdemokratie, Erich Ollenhauer, drückte es so aus: Niemals darf sich die gegenwärtige deutsche Politik dem Verdacht aussetzen, sie verfolge grossdeutsche Pläne im Sinne einer hitlerischen Konzeption. Das wäre das Ende jener auf die Wiedervereinigung unseres Volkes gezielten Politik. Die Sozialdemokratie wird, getreu dem wegweisenden Wort eines Kurt Schumacher, mit allen Mitteln friedlicher Politik und mit einem dauernden Appell an die Vernunft der Welt um jeden Quadratkilometer deutschen Bodens östlich der Oder und Neisse und um eine friedliche Rückkehr aller Vertriebenen in ihre angestammte Heimat kämpfen. Hier befindet sie sich in Übereinstimmung mit allen guten Geistern, die in der Austreibung einer barbarischen Massnahme und den Bruch mit allen europäischen Traditionen des Humanismus erblicken. Eine grundlegende Korrektur dieser Folgen des zweiten Weltkrieges entspricht den völkerrechtlichen Anschauungen und Grundsätzen der zivilisierten Welt.

* * *

Zwischen Provokation und Schwäche

E.Z.-Berlin

Die besonderen politischen Aspekte, die mit dem Berliner Problem verbunden sind, scheinen in nächster Zeit wieder mehr in den Vordergrund der Pankower Politik zu treten. Dies muss aus Erklärungen entnommen werden, die am Ende der Woche anlässlich des mit viel Propaganda betriebenen Starts der sog. "Wahlbewegung" in Ostberlin abgegeben wurden. Fritz Ebert, Leiter des kommunistischen Ostberliner Magistrats, der sich anmassend "Magistrat von Gross-Berlin" bezeichnet, erklärte auf einer Grosskundgebung zur Vorbereitung von Kommunalwahlen auch in Ostberlin sehr prononciert, in Westberlin müsse eine Änderung des politischen Kräfteverhältnisses erreicht werden. Sein Stellvertreter, Schmidt, aber nahm vor der sogenannten "Stadtverordnetenversammlung", die niemals demokratisch gewählt worden ist, für dieses Gremium das "legitime, politische und moralische Recht" in Anspruch, "für ganz Berlin zu sprechen und zu handeln."

Solche grosssprecherischen Worte von Ostberliner Seite sind nichts Neues. Eberts Stellvertreter liess es aber nicht mit diesen Grossmannsansprüchen bewenden, sondern äusserte schliesslich die Drohung, "die von Berlin gewaltsam abgetrennten westlichen Stadtbezirke sind zu einem militärischen Provokationsherd ausgebaut worden, mit dem sich die Berliner Bevölkerung niemals abfinden wird."

Zwei Tage nach dieser an die Westberliner Adresse gerichteten Drohung liess die SED auch in Ostberlin ihre Betriebskampfgruppen, verstärkt durch Panzerspähwagen der Bereitschaftspolizei, zu einer grossen Gefechtsübung aufmarschieren. Mit Karabinern, MPs, Nebelhandgranaten und Maschinengewehren wurde Strassen- und Häuserkampf geübt, mit der Annahme als Grundlage, "Konterrevolutionäre, gestützt auf eine kleine Minderheit der Bevölkerung, versuchten einen neuen Tag X zu organisieren". Die Kampfgruppen hatten die Aufgabe, wichtige, von den "Konterrevolutionären" besetzte Gebäudekomplexe zu erkämpfen und andere Schwerpunkte der Stadt zu sichern.

In Verbindung mit den drohenden Worten von Eberts Stellvertreter könnten diese Kampfgruppenübungen als Unterstreichung einer neuen Pankower Aggressivität betrachtet werden. Immerhin - so laut man auch

gegen das demokratische Westberlin schimpft und droht, die Sowjets, die nach wie vor in Berlin ein sehr gewichtiges Wort mitreden, haben dieser militärischen Demonstration offensichtlich einen Dämpfer aufgesetzt. Ob dies aus Rücksicht auf den Viermächte-Status Berlins oder aus Gründen realpolitischer Einsichten geschah, ist dabei weniger wichtig.

Die Kampfgruppenübungen in Ostberlin sind zunächst eine Parallele zu ähnlichen Gefechtsübungen, die zur Zeit in allen Bezirkshauptstädten der Zone von der Ulbrichtscher "Arbeitermiliz" durchgeführt werden. Auffällig ist aber, dass die Kampfobjekte nicht etwa in der Nähe der Sektorengrenze, sondern weit im Osten der Stadt, in der Nähe des Alex, lagen. Während z.B. die Gefechtsübungen in Thüringen und im Vogtland von der Annahme ausgingen, dass der "westliche Feind" über die Zonengrenze eingedrungen und zurückzuwerfen sei, musste man in Ostberlin ohne Zweifel auf sowjetrussischen Befehl hin von einer Tangierung des sektoralen Grenzgebietes und dem Plan eines Kampfes mit Westberliner Eindringlingen absehen. Dass die SED nur allzu gern ihre "militärischen Manöver" so nahe wie möglich der Sektorengrenze in Szene gesetzt hätte, kann aus Bemühungen massgeblicher Funktionäre geschlossen werden, die, bereits seit einiger Zeit bemerkbar, auf eine offene Provokationspolitik gegenüber Westberlin hinsteuern möchten. Sie sind aber jedesmal bei den sowjetischen "Freunden" auf kalte Schultern gestoßen.

Im Gegensatz zu den Kampfgruppenübungen in der Zone hat es die Berliner SED für ratsam gehalten, von einer propagandistischen Vorbereitung ihrer Gefechtsübung, die in der Zone oft eine ganze Woche und mehr in Anspruch nahm, abzusehen, weil sie nur allzu genau weiss, wie lächerlich sich die SED-Kampfgruppen schon oft genug bei der Berliner Bevölkerung gemacht haben. Was man in Rostock, Eisenach und anderswo versuchte, nämlich die Bevölkerung mit in die Gefechtsübungen einzubeziehen konnte die SED in Berlin selbstverständlich nicht wagen. So verlief die Ostberliner Kampfgruppenübung weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Wenn in Ostberlin angekündigt wurde, man werde die Westberliner Bevölkerung zur Teilnahme an den Wahlvorbereitungen in Ostberlin einladen, um ihnen den Begriff einer "echten demokratischen Wahl" zu vermitteln, so weiss man, dass hier lediglich der Wunsch der Vater des Gedankens bleibt. In letzter Zeit haben Funktionäre auf Sitzungen des FDGB, der als Hauptträger der Infiltrationspolitik gegenüber Westberlin anzusehen ist, ganz offen eingestanden, dass in Ostberlin heute kaum noch SED- oder gar FDGB-Mitglieder für einen Propagandaeinsatz in Westberlin zu gewinnen sind. Wer aber aus Westberlin auf östliche Einladungen hin nach dem Ostsektor komme, der tue dies nicht aus Gründen der politischen Sympathie, sondern lediglich, um sich einmal vollfüttern oder amüsieren zu können. Solche Eingeständnisse enthüllen alle politischen Drohungen der Funktionäre, die offiziell zur Demonstration der SED-Stärke ausgestellt werden, als leere Gesten, hinter denen die Erkenntnis der eigenen Schwäche steckt. * * *